



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 9. April 2014

TOP 9, Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes (18/1760 und 18/1779)

Martin Habersaat:

Wir passen die Lehrkräftebildung an die neuen Schulstrukturen an

Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) ist das wissenschaftliche Zentrum von Schleswig-Holstein. Hier studieren mehr als 24.000 junge Menschen, hier lehren und forschen rund 2.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in derzeit 185 Studiengängen. Sie ist heute die größte Arbeitgeberin der Region. Sie versteht sich als moderne Volluniversität verbundener Wissenschaftskulturen. Breite exzellente Einzelforschung und interdisziplinäre Zusammenarbeit werden an der CAU gezielt über Kooperationen, koordinierte Forschungsprojekte und die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturplattformen gelebt.

So berichtet die CAU über sich selbst. Das und mehr zeugt, zu Recht, von Selbstbewusstsein. Von einer derart starken und selbstbewussten Institution – mit knapp 3.500 Lehramtsstudenten – sollte man glauben, dass sie nicht in typisch schleswig-holsteinisches Kirchturmdenken verfiere nach dem Motto: Was jemand anderem nutzt, schadet automatisch mir! Von Selbstbewusstsein zeugte, Konkurrenz zur Kenntnis zu nehmen und sie das Geschäft beleben zu lassen.

Stattdessen werden einmalig 1,2 Millionen Euro für die Universität Flensburg und ein jährlicher Mehrbedarf von 896.000 Euro in Kiel als Provokation inszeniert. Was sollen denn die anderen Hochschulen im Lande zu 165 Millionen Euro für die Sanierung der CAU-Gebäude sagen?

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Letztlich leiden die Hochschulen in Schleswig-Holstein immer noch an dem Vertrauensverlust, den die schwarz-gelbe Vorgängerregierung und deren Wissenschaftsminister Jost de Jager zu verantworten haben. Wir erinnern uns: Damals waren die Universitäten in Flensburg und Lübeck wirklich in Gefahr. Und, erstaunliche Randnotiz, die CDU hat ihn nicht etwa zum Rücktritt aufgefordert, sondern zum Spitzenkandidaten gemacht!

Diese Regierungskoalition steht zu ihren Hochschulen. Zu allen. Und sie tut etwas für ihre Hochschulen. Für alle! Derweil trainiert die Opposition ihre Abteilung Attacke. Erst gilt Frau Wende als ehemalige Uni-Präsidentin als Lobbyistin für Flensburg, dann verrät sie die Interessen ihrer ehemaligen Hochschule, um sich in Kiel und Lübeck anzubiedern, jetzt wird sie wieder einmal als Flensburger Agentin enttarnt. Fällt es denn wirklich so schwer anzuerkennen, dass Frau Wende den Rollenwechsel von der erfolgreichen Hochschulpräsidentin zur erfolgreichen Bildungsministerin geschafft hat, ohne sich zu verbiegen?

Sieben Jahre nach der großen Schulstrukturreform geht nun auch die Lehrerbildung in die Schlussgerade. Frau Ministerin Wende holt das nach, was beide Vorgängerregierungen – natürlich auch wegen der jeweils verkürzten Legislaturperioden – nicht geleistet haben: die Anpassung der Lehrerbildung an die neuen Schulstrukturen und die sich wandelnden Anforderungen an den Lehrerberuf. Endlich!

Die Vermittlung von Fachwissen stand bisher schon im Mittelpunkt und wird natürlich auch weiterhin im Mittelpunkt stehen müssen. Gleichrangig daneben stehen die pädagogischen Herausforderungen, weil die Schule in vielen Fällen Aufgaben übernehmen muss, die von den Elternhäusern nicht mehr geleistet werden können – wofür es viele Gründe gibt.

Wenn wir mehr Inklusion wollen – und ich habe bisher alle Fraktionen so verstanden, dass sie dieses Ziel unterstützen –, dann müssen wir den Lehrkräften beibringen, wie das geht.

Und wenn wir junge Leute, die gerade das Abitur abgelegt haben, dazu bringen wollen, sich für den Beruf des Lehrers zu entscheiden, müssen wir ihnen auch dazu sagen, dass es Risiken am Lehrerarbeitsmarkt gibt, die aus der schlechten Haushaltssituation der Bundesländer und aus den stark zurückgehenden Schülerzahlen resultieren. Wir können ihnen aber auch sagen, dass es im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich praktisch Job-Garantien gibt. Vor diesem

Hintergrund mutet der schrille Ton gerade um die MINT-Lehrerausbildung in Flensburg besonders skurril an.

Der Gesetzentwurf geht den richtigen Weg, indem er den Anteil der studienbegleitenden Praktika an den Schulen ausweitet. Nur so können die Studierenden rechtzeitig überprüfen, ob ihre Entscheidung für den Lehrerberuf richtig war.

Das Modell eines gemischten Lehramtes mit einem ersten Fach auf dem Niveau der Sekundarstufe I und einem zweiten Fach auf dem Niveau der Sekundarstufe II ist in der Anhörung breit kritisiert worden und die Landesregierung hat daraufhin beschlossen, grundsätzlich alle Lehramtsfächer an der Universität Flensburg auf das Niveau der Sekundarstufe II anzuheben. Die Landesregierung hat auch beschlossen, dazu die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Damit geht Schleswig-Holstein übrigens keinen Sonderweg. Im Saarland kann man das „Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II“ studieren, in NRW das „Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen“. Und in Hamburg, wo ich im letzten Jahrhundert das Studium „Lehramt Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen“ begonnen habe, gibt es inzwischen zwar nur noch das „Lehramt Gymnasien“, diese Lehrkräfte werden aber selbstverständlich auch an den Stadtteilschulen der Stadt eingesetzt.

Wir sind auf der Schlussgeraden, aber nicht am Ziel. Denn jetzt ist das Parlament am Zug. Führen wir im Bildungsausschuss eine breite schriftliche und mündliche Anhörung durch und entscheiden wir dann, welche Verbesserungen möglich und nötig sind. Von mir aus gerne in einem Ton, der einer bildungspolitischen Debatte würdig ist.

Natürlich gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten, auch Grund für Selbstkritik. Die Hochschulpolitik hat einige Zwänge selbst geschaffen, die wir jetzt beklagen. Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, beklagte zu Recht: „So lange Kapazitätsverordnungen und nicht die Bedürfnisse eines Faches die Zahl der Professoren bestimmen, bleibt die Lehrerausbildung die Überlebensquelle für viele.“

Die Lehrerausbildung muss und soll aber mehr sein. Die Aufmerksamkeit und Wertschätzung, die sie dieser Tage an den Hochschulen, in der Öffentlichkeit und im politischen Diskurs erfährt,

hat sie verdient. Es geht darum, Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder auszubilden. Nicht darum, Seminare aufzufüllen und Kapazitäten zu sichern.

Und auch nicht darum, auf dem Rücken von Studentinnen und Studenten sein Mütchen zu kühlen.